

„Unter dem Deckmantel einer angeblichen ‚Klarstellung‘ werden für unter 50-Jährige die Möglichkeiten geschlossen, durch zusätzliche Einzahlungen in die Rentenversicherung drohende Abschlüsse bei der Rente zu kompensieren. Das ist absurd! Die Politik ruft den Menschen zu, ihre Versorgungslücken zu schließen und schließt dann ihrerseits vorhandene Wege der Zusatzvorsorge.

Durch diese in letzter Minute und ohne öffentliche Debatte in den Gesetzentwurf eingeführte Vorschrift werden vielversprechende Vorsorgemöglichkeiten für Beschäftigte in Unternehmen ohne Betriebsrenten massiv eingeschränkt. Zusätzliche Arbeitgeberzahlungen in die Rentenkasse über Tarifverträge werden damit nicht unmöglich, müssen aber auf einen deutlich kürzeren Zeitraum verteilt werden. Das ist alles andere als eine langfristig organisierte Zusatzvorsorge für das Alter.

Offensichtlich geht es der Ampel darum, die Rentenversicherungsträger aus dem „Wettbewerb“ um eine gute Zusatzvorsorge herausnehmen und einseitig risikoreiche, aktienbasierte Formen der Betriebsrente wie das Sozialpartnermodell und die private Versicherungswirtschaft zu privilegieren. Mehr noch: Nichtversicherungspflichtige wie etwa Beamte und Freiberufler können von der Vollendung des 16. Lebensjahres an umfassend und ohne diese Altersbegrenzung Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, während dieser Weg zur Aufbesserung der Rente Pflichtversicherten weiter eingeschränkt werden sollen. Das ist sozialpolitisch diskriminierend und verfassungsrechtlich höchst bedenklich!“